

Vermögenssteuern gegen Überreichtum: Potenziale und Grenzen

Michael Ertl und Patrick Mokre

Einleitung

Österreich zählt zu den europäischen Ländern mit der höchsten Vermögensungleichheit (Disslbacher et.al. 2020) und drei Viertel der Bevölkerung empfinden dies auch als ungerecht (Hofmann et al. 2020). Gleichzeitig liegen vermögensbezogene Steuern weit unter dem EU-Durchschnitt, allgemeine Bestandssteuern auf Gesamtvermögen gibt es ebenso wenig wie direkte Steuern auf Erbschaften und Schenkungen (Bernhofer et al. 2022). Dabei gibt es bei Umfragen solide Mehrheiten für die Einführung einer allgemeinen Vermögensteuer (Rehm/Schnetzer 2018; Puls24 2022; Volkshilfe 2022).

Die Verteilungswirkung einer Vermögensteuer hängt stark vom jeweiligen Modell ab, das moderat bis konfiskatorisch ausgestaltet sein kann. Eine moderate Besteuerung setzt Grenzsteuersätze, die unterhalb gängiger Vermögensrenditen liegen. Moderate Modelle sind unter anderem dazu geeignet, die Zunahme der Vermögenskonzentration zu verlangsamen, aber nicht umzukehren. Konfiskatorische Modelle weisen sehr hohe Grenzsteuersätze auf und sind dadurch in der Lage, die Vermögensungleichheit bzw. -konzentration tatsächlich zu reduzieren. Als Konsequenz erodieren sie dabei aber ihre eigene Steuerbasis und die laufenden Steuereinnahmen sinken sukzessive.

Wir illustrieren in unserem Artikel, dass die meisten aktuellen Vermögensteuer-Vorschläge zwar beträchtliche Steueraufkommen lukrieren könnten, aber qualitativ nur als moderate Vermögensteuer bezeichnet werden können. Exemplarisch greifen wir aber auch den konfiskatorischen Vorschlag des bekannten Ungleichheitsforschers Thomas Piketty (2020) auf und verdeutlichen, dass es nur mit derart gestalteten progressiven Vermögensteuern gelingen kann, eine Vermögensdekonzentration zu erreichen. Dieser Vorschlag wirkt ab einem bestimmten Vermögensniveau konfiskatorisch und entspricht damit der Vorstellung, dass es neben der Armutsgrenze auch eine Reichtumsgrenze geben sollte, die bei „Überreichtum“ ansetzt (Schürz 2019; Marterbauer/Schürz 2022). Das substanziell größere Steueraufkommen steht dabei möglicherweise gar nicht im Zentrum der verfolgten Zwecke, würde aber durch den Finanzierungseffekt den Ausbau des öffentlichen Vermögens zum Wohle aller rasant beschleunigen und den sozialen Folgen der Ungleichheit entgegenwirken.

Die Auswirkungen von Vermögensungleichheit werden in der Ökonomie und anderen Sozialwissenschaften intensiv beforscht. Neben den Folgen auf die gesamtwirtschaftliche Stabilität (Galbraith 2012) und Nachfrage (Carvalho/Rezai 2016) wirkt sich die hohe Vermögenskonzentration an der Spitze auch auf politische Machkonzentration, gleichberechtigte Teilhabe und den Arbeitsmarkt aus (Arbeiterkammer 2020; 2021). Dazu kommen die sozialen und ökologischen Kosten der Vermögensungleichheit, weil Überreiche überproportional mehr CO₂-Ausstoß verursachen (Theine et al. 2022). Der

Umverteilungseffekt von Vermögenssteuern wirkt somit positiv auf eine Vielzahl wirtschaftspolitischer Herausforderungen.

Gleichzeitig haben Vermögenssteuern in ihrer gesellschaftlichen Rolle und Umverteilungswirkung auch klar definierte Grenzen. Diese liegen aber nicht in vermeintlich naturgegebenem Steuerwettbewerb zwischen Staaten, denn Steuerpolitik ist gestaltbar (Saez/Zucman 2019). Vielmehr gehen die Limitationen darauf zurück, dass Steuern der Primärverteilung nachfolgen und somit die Entstehung von Ungleichheit erst nachträglich korrigiert werden kann. Abhängig vom Zweck der Vermögenssteuer kann dies einschränkend wirken und bedarf einer Einbettung in eine gesamtgesellschaftliche Transformation.

In folgendem Abschnitt untersuchen wir mögliche Zwecke und Ziele von Vermögenssteuern und präsentieren im Anschluss eine Reihe von Vermögenssteuermodellen und dazugehörigen Aufkommensschätzungen. Danach vergleichen wir die Verteilungspotenziale, aber auch die Beschränkungen von Vermögenssteuern um als Abschluss Bilanz zu ziehen.

Ziele von Vermögenssteuern entlang der Funktionen von Vermögen

Mit steigendem Vermögen steigen auch die Nutzungsmöglichkeiten und entsprechend können Vermögenssteuern je nach Ausgestaltung auch unterschiedliche Zwecke verfolgen.

Funktionen von Vermögen: Von Existenzsicherung bis Macht

Drei Forscher der Österreichischen Nationalbank, Pirmin Fessler, Peter Mooslechner und Martin Schürz (2012: 29), unterscheiden Vermögen nach der Funktion, die es für Vermögende einnimmt. Am unteren Ende der Vermögensverteilung halten Menschen vor allem Ersparnisse, um sich gegen unerwartete Ausgaben abzusichern. Menschen in der Mitte besitzen darüber hinaus noch Autos oder selbst genutztes Wohneigentum. Erst das oberste Zehntel besitzt Portfolios aus Aktien, Immobilien und Unternehmen, die ihnen ein substanzielles Einkommen einbringen. Die drei Ökonomen unterscheiden in Hinblick auf hohe Vermögen weiters zwischen sozialem Status durch zur Schau gestellte Vermögenswerte, der Möglichkeit Vermögen weiterzugeben. Die Spitze der Pyramide stellt dabei die Macht über Ressourcen dar, die Überreiche nutzen können, um überproportionalen Einfluss auf politische Entscheidungen zu haben (Rehm/Schnetzler 2015).

Einige der grundlegenden Vermögensfunktionen (Absicherung, Nutzung, Einkommen) werden durch öffentliches Vermögen und sozialstaatliche Leistungen für alle übernommen. Der Staat kann zudem auch die demokratische Teilhabe gewährleisten und unerwünschte Machteinflüsse verhindern. Vermögenssteuern können hier indirekt (also finanzierend) und direkt (durch die Eindämmung der Ungleichheit und Umverteilung) unterstützen.

Zwecke einer Vermögensteuer

Entlang dieser Unterscheidungsmerkmale ergeben sich auch verschiedene Zwecke von Vermögensteuern, beginnend mit einem größeren Beitrag zum Staatshaushalt über das Bereitstellen von sozialstaatlicher Absicherung und Einkommen durch Transferleistungen, bis hin zur gleicheren Verteilung von demokratischer Mitbestimmung, wenn Ungleichheit eingedämmt und breitere Teilhabe ermöglicht wird. In Abbildung 1 stellen wir die drei Grundfunktionen des Vermögens (Absicherung, Nutzung und Einkommenserzielung) genauso wie die drei sozialen Funktionen (Status, Weitergabe und Macht) nach Fessler et al. (2012) dar. Auf der linken Seite der Pyramide ergänzen wir, wie diese Vermögensfunktionen für die vielen bereitgestellt und durch Vermögensteuern finanziert werden könnten, auf der rechten Seite, wie durch Vermögensteuern reduzierte Ungleichheit sich demokratisierend auf Macht, Erbschaften und sozialen Status auswirkt. Hier ist auch wichtig, dass Umverteilung durch eine Vermögensteuer die ökonomischen Funktionen von Absicherung, Nutzung und Einkommenserzielung für Vermögende nicht grundsätzlich einschränkt.



Abbildung 1: Die „Vermögensteuerpyramide“: Funktionen des Vermögens nach Fessler, Mooslechner und Schürz, kombiniert mit den möglichen Finanzierungs- und Umverteilungswirkungen von Vermögensteuern
Quelle: Fessler et al. 2012: 29, eigene Ergänzungen

Indirekte Umverteilung durch öffentliches Vermögen

Das Vermögen der meisten Menschen besteht aus Erspartem und wird eingesetzt, um unvorhergesehene oder unregelmäßige Ausgaben zu bestreiten. Sie sichern sich damit gegen kaputtgehende Waschmaschinen oder einen teuren Zahnersatz ab. Laut Statistik Austria war 2021 aber schon jeder fünfte Haushalt nicht in der Lage, unerwartete Ausgaben zu tätigen (Statistik Austria 2022).

Vermögensteuern können eine Absicherung in Form eines gut ausgebauten Sozialsystems finanzieren. Das öffentliche Vermögen lässt sich von allen nutzen und stellt für viele Menschen das zur Verfügung, was sich Überreiche teuer exklusiv für sich kaufen: Naherholungsgebiete statt Gartenlandschaften, Freibäder statt privatem Seezugang, kostenlose und hochwertige Schulen statt Eliteinternate (Feigl 2021). Auch der öffentliche Wohnbau in Wien, der ursprünglich durch Luxussteuern mitfinanziert wurde, ist eine Alternative zum für viele unerschwinglichen Privatbesitz am Eigenheim.

Direkte Umverteilung

Nur die Reichsten haben ein relevantes Einkommen aus ihrem Vermögen (Humer et al. 2013). Sie könnten von Mieteinnahmen, Dividenden und Gewinnausschüttungen leben. Die allermeisten Österreicher:innen beziehen ihr Einkommen aber aus Arbeit oder Sozialleistungen. Für 1,29 Millionen Menschen waren diese Einkommen im Jahr 2021 aber so gering, dass sie als armutsgefährdet galten (Wagner/Hofmann 2022).

Vermögensteuern könnten durch direkte Umverteilung eine soziale Absicherung für die ärmsten Haushalte garantieren und schon jetzt reduzieren sozialstaatliche Leistungen die Armutsgefährdungsquote von 35 % auf 15 % (Wagner/Hofmann 2022). Eine kräftige Anhebung des Arbeitslosengeldes könnte durch Vermögensteuern subventioniert werden und verhindern, dass Erwerbslosigkeit zur Armutsfalle wird.

Langsamere Anstieg der Vermögensungleichheit

Laut der World Inequality Database ist in Österreich der Vermögensanteil des reichsten Prozents seit 2000 von 22 % auf über 30 % gestiegen (WID 2022). Andere Schätzungen unter Berücksichtigung der Überreichen sehen beim reichsten Prozent sogar über 40 % des Gesamtvermögens konzentriert (Disslbacher et al. 2020; Heck et al. 2020; Kennickell et al. 2021). Der Anstieg der Vermögenskonzentration ist auch darauf zurückzuführen, dass die Vermögensportfolios der Überreichen schneller wachsen als im Durchschnitt (Fagereng et al. 2020; Bach et al. 2020; Ederer et al. 2021). Die Vermögen der 50 reichsten Österreicher:innen laut TREND Reichenliste sind beispielsweise zwischen 2010 und 2022 um rund 7 % pro Jahr gestiegen. Viele der Vorschläge für Vermögensteuern sehen aber nur geringe Steuersätze vor, die unter der Wachstumsrate der großen Vermögen liegen.

Eine moderate Vermögensteuer, die weniger abschöpft als das Vermögen jährlich einbringt, kann die zunehmende Vermögenskonzentration verlangsamen und das soziale Auseinanderdriften verzögern. Für eine aktive Vermögensdekonzentration, also eine Reduktion der Ungleichheit, ist sie aber nicht geeignet.

Reduktion der Vermögensungleichheit

Kommt man zum Schluss, dass die bestehende Ungleichheit zu einer Gefahr für die Demokratie wird, wäre eine konfiskatorische Vermögensteuer vorzuziehen. Sie ist so gestaltet, dass sie ab einem gewissen Vermögensniveau jährlich mehr abschöpft als aus Vermögenseinkommen üblicherweise eingenommen wird. Nur ein hoher progressiver Steuersatz könnte die Ungleichheit verringern.

Die Ökonomen Martin Schürz und Markus Marterbauer plädieren für eine Vermögensobergrenze von einer Milliarde Euro, der Ungleichheitsforscher Thomas Piketty schlägt ab einem bestimmten Vermögensniveau ein Spitzensteuersatz von 90 % vor (Marterbauer/Schürz 2022; Piketty 2020) und die US-amerikanische Abgeordnete Alexandria Ocasio-Cortez wird mit den Worten zitiert, „Die Existenz von Milliardär:innen ist ein Politikversagen“.

Berücksichtigung sozialer und ökologischer Kosten der Vermögensakkumulation

Häufig geht der Aufbau und die Konzentration von Vermögen auf Kapitalakkumulation zurück, also auf die profitable Verwertung von Firmenskapital und die Reinvestition entstandener Gewinne. Die gesellschaftlichen Kosten, die bei diesen Prozessen entstehen, werden häufig nicht, oder nur teilweise, von den Begünstigten getragen. Das Aufbrauchen natürlicher Ressourcen und die klimaintensive Zerstörung der Umwelt, aber auch Berufskrankheiten, gehören zu den sozialen und ökologischen Kosten des Vermögensaufbaus. Überreiche Menschen tragen durch ihren häufig extravaganten Lebensstil (Privatjets, Yachten, etc.) massiv zur Klimakrise bei und Expert:innen bezeichnen „Überreichtum“ sogar als Hauptursache für die Klimaerhitzung (Wiedmann et al. 2020). Die sozialen Kosten zeigen sich etwa bei der differentiellen Sterblichkeit: Manifest arme Männer sterben in Österreich um bis zu 11 Jahre früher und arme Frauen um bis zu 4 Jahre früher als der Rest der Bevölkerung. Eine gleichere Aufteilung von Vermögen und Einkommen reduziert Armut und erhöht die Lebensqualität und -erwartung.

Auch Jobverlust und Druck zur Prekarisierung können auf den Wettbewerb zwischen Firmen zurückgeführt werden. Wo es einem Konzern gelingt, die Konkurrenz vom Markt zu verdrängen sind Arbeitslosigkeit und niedrigere Einkommen die Konsequenz. Auch „Effizienzsteigerungen“ im Unternehmen werden oft auf Kosten der Beschäftigten erreicht, sind aber ein wichtiger Aspekt im Vermögensaufbau. Die Kosten dafür übernehmen entweder die Betroffenen oder der Sozialstaat. Eine Vermögensteuer, die für eine Trendwende in der Klimakrise und zugunsten der ärmsten Bevölkerungsteile eingesetzt wird, berücksichtigt die sozialen und ökologischen Kosten von Reichtum und schafft damit einen unabdingbaren Ausgleich.

Demokratisierung und Reduktion politischer Einflussnahme

Die Spitze der Pyramide stellt die Funktion der Machtausübung durch Vermögen in den Vordergrund, die man in zwei grobe Kategorien unterteilen kann. Einerseits die Macht zu entscheiden, was und wie produziert wird und andererseits die Möglichkeit der direkten und überproportionalen Einflussnahme auf demokratische Entscheidungsstrukturen.

Die Beeinflussung von Meinungen durch Lobbying, Think Tanks, private Medien und Stiftungsprofessuren gehören zum Alltag demokratischer Auseinandersetzung und zielen darauf ab, der Stimme von Einzelnen mehr Gewicht zu verschaffen (Dammerer et al. 2020). In den EU-Staaten finden zum Beispiel mehr als drei Viertel der Lobbytreffen mit Vertreter:innen der Unternehmensseite statt (Arbeiterkammer 2020). Selbst diese Zahlen sind nur bekannt, weil eine Regulierung von Lobbytätigkeiten schon stattgefunden hat – das Ungleichgewicht zwischen den Reichsten und den Vielen hat das aber nicht aufgehoben.

Gleichzeitig nehmen die Ärmsten kaum mehr am demokratischen Leben teil, fühlen sich von Politiker:innen nicht vertreten und von gesellschaftlichen Strukturen ausgeschlossen. Die Forscher:innen Tamara Ehs und Martina Zandonella zeichnen in einer Studie nach, dass diese Entwicklungen sich verschärfen, unter anderem weil die Vermögensungleichheit zunimmt (Ehs/Zandonella 2021).

Eine konfiskatorische Vermögensteuer würde dieses politische Ungleichgewicht reduzieren. Gleichzeitig könnte mit den Einnahmen gezielt die demokratische Teilhabe von ausgeschlossenen Gruppen finanziert werden. Von der Betreuung von Bürger:inneninitiativen bis zu finanzieller Unterstützung beim Erwerb von Staatsbürger:innenschaft und Wahlrecht gibt es viele Maßnahmen, die diese Teilhabe stärken würden.

Vergesellschaftung der Kontrolle

Reiche üben ihre Macht aber nicht nur über sozialen Status oder teure Meinungsmache aus. Die Machtfunktion von Kapitalbesitz beschäftigt die klassische politische Ökonomie seit Adam Smith (Smith 1999, Kapitel 5). Der hat zum Beispiel nicht zufällig den Wert einer Ware daran bemessen, wie viel Arbeit damit „kommandiert“ werden kann. Generell wären sich Smith, Ricardo und Marx einig gewesen, dass Kapitalbesitzer:innen über die Aktivitäten „ihrer“ Arbeiter:innen verfügen können.

Wer Entscheidungen über produktive Arbeit trifft, macht einen erheblichen Unterschied. Die Herstellung von Kampfflugzeugen oder Medizintechnik wirkt sich zum Beispiel ungefähr gegenteilig auf die Gesellschaft aus. Dieses Beispiel ist nicht zur Illustration erfunden: 1979 streikten die Arbeiter:innen von Lucas Industries in Britannien gegen Massenentlassungen und forderten einen Umbau der Produktion weg von Waffen, hin zu „sozial nützlichen Produkten“ (Smith 2014).

Heute gilt das angesichts der Klimakrise vor allem für die Energie- und Verkehrsbranche. Ob die OMV in Ölfelder oder den Ölausstieg investiert, ist nicht egal. Auch ob bei MAN Diesel-LKWs oder Eisenbahnen hergestellt werden, hat gesellschaftliche Auswirkungen. Im Moment entscheiden das fast ausschließlich diejenigen, die Fabrikanlagen und Firmenanteile als Vermögen besitzen.

Eine konfiskatorische Vermögensteuer kann genutzt werden, um produktives gesellschaftliches Vermögen aufzubauen, bestimmte Kernindustrien zu vergesellschaften oder in Formen der Selbstverwaltung und demokratischen Kontrolle zu überführen (siehe Beitrag von Gisela Notz in dieser Ausgabe). Auch gezielte Enteignungen, deren Kosten auf alle Vermögenden aufgeteilt werden, können als zweckgewidmete Weiterentwicklung der Vermögensteuer gedacht werden.

Vermögensteuermodelle im Vergleich: Ausgestaltung und Aufkommen

Unabhängig davon, mit welchem Ziel eine Vermögensteuer eingeführt würde, halten die Ökonomen Emanuel Saez und Gabriel Zucman (2022) zwei Punkte fest, die jedenfalls berücksichtigt werden sollten. Erstens sind hohe Freibeträge sinnvoll, weil sie den administrativen Aufwand minimieren und nur Steuerpflichtige betreffen, die jedenfalls ausreichend liquide Mittel für die Bezahlung der anstehenden Steuer haben. Im Gegenzug sollte es keine Ausnahmen bei der Bemessungsgrundlage geben, um Steueroptimierung zu verhindern. Somit werden neben Finanzvermögen auch Sachvermögen und privat gehaltenes Unternehmensvermögen berücksichtigt. Zweitens sollte die Erhebung der Bemessungsgrundlage ausschließlich auf Basis der Marktwerte basieren und weitgehend durch Dritte erfolgen, weil dadurch die Einhaltung der Steuervorschriften am besten gewährleistet werden kann. Effiziente Bewertungsmethoden und die zunehmenden rechtlichen und technischen Möglichkeiten zum automatisierten Informationsaustausch reduzieren den Verwaltungsaufwand zudem drastisch (Bernhofer et al 2022). Ein europäisches bzw. weltweites Vermögensregister, das von einer Reihe renommierter Ökonom:innen vorgeschlagen wurde, würde den grenzüberschreitenden Austausch zudem erheblich vereinfachen und Synergieeffekte entfalten (Brussels Report 2021; Mack 2022; ICRIC 2022).

Neben der Festlegung der Bemessungsgrundlage muss aber auch definiert werden, wer vermögensteuerpflichtig ist. Ein aktueller Vorschlag für Österreich bezieht sich dabei sowohl auf Privatpersonen bzw. Haushalte als auch auf Privatstiftungen und schließt im Gegensatz zur früheren Vermögensteuer juristische Personen und Kapitalgesellschaften explizit aus (Bernhofer et al. 2022).

Die Gestaltung der Steuertarife bestimmt, ob eine Vermögensteuer lediglich einen Teil der lukrierten Vermögenseinkommen abschöpft und damit dämpfend in die Vermögensungleichheit eingreift, oder die Ungleichheit von Macht und Vermögen durch hohe Grenzsteuersätze und Progression aktiv verringert; also den Unterschied zwischen einer moderaten und konfiskatorischen Vermögensteuer.

Moderate Vorschläge für Österreich

In den vergangenen Jahren gab es eine Reihe konkreter Vermögensteuer-Vorschläge aus dem gewerkschaftlichen bzw. sozialdemokratischen Umfeld, die in Tabelle 1 dargestellt werden. Durch die Freigrenze von 1 Mio. Euro (bzw. 700.000 Euro) werden etwa 96 % (bzw. 93 %) aller Haushalte nicht betroffen (siehe Heck et al. 2020, Tabelle 15).

	ÖGB		GPA		SPÖ	
	Steuersatz	Ab	Steuersatz	Ab	Steuersatz	Ab
Steuertarif	0,5%	700.000 €	0,5%	1 Mio. €	0,5%	ab 1 Mio. €
	1%	2 Mio. €	1%	2 Mio. €	1%	10 Mio. €
	1,5%	3 Mio. €	1,5%	3 Mio. €		
Geschätztes Steueraufkommen	Ca. 5,3 Mrd. Euro		Ca. 5,1 Mrd. Euro		Ca. 3,2 Mrd. Euro	

Tabelle 1: Ausgewählte Vorschläge einer Vermögensteuer in Österreich

Quelle: Heck et al. (2020). Anmerkung: Die Schätzung des jährlichen Steueraufkommens berücksichtigt auch Annahmen zur Steuervermeidung von Steuersubjekten. Details dazu finden sich in der genannten Publikation.

Die niedrigen Steuersätze von unter 2 % Grenzsteuersatz legen nahe, dass Betroffene ihre laufenden Steuerbeiträge aus den jährlichen Erträgen ihres Vermögens leisten können. Hinweise dafür finden sich etwa bei Jordá et al. (2019), die langfristige Rendite zwischen 1870 und 2015 analysiert haben und auf reale Durchschnittsrenditen von etwa 6 % pro Jahr kommen, die mit steigendem Vermögen auch ansteigen (Piketty 2014; Fagereng et al. 2020; Bach et al. 2020). Diese Steuermodelle fokussieren auf einen langsameren Anstieg der Vermögensungleichheit und die direkte staatliche Umverteilung des Steueraufkommens. Selbst die schwache progressive Ausgestaltung der dargestellten Vorschläge lukriert nach Schätzungen von Heck et al. (2020) bereits zwischen 3,2 und 5,3 Mrd. Euro jährlich und berücksichtigt bereits steuerliche Ausweichmaßnahmen von Steuersubjekten. Die Einnahmen könnten beispielsweise an Transferbezieher:innen umverteilt werden.

Pikettys konfiskatorischer Vorschlag

Es gibt aber auch andere Vorschläge für eine Vermögensteuer, die aktive Schritte bei der Dekonzentration von Macht und Vermögen setzen. Thomas Piketty schlägt eine progressive Vermögensteuer vor, die in eine umfassende Veränderung des Steuersystems eingebettet ist. Der Steuertarif orientiert sich am Vielfachen des länderspezifischen Durchschnittsvermögens (siehe Tabelle 2) in einem Land (Piketty 2020; Disslbacher et al. 2021).

	Steuersatz	X-Faches vom Durchschnittsvermögen	Ab
Steuertarif	0,1 %	½	159.000 €
	1 %	2	636.000 €
	2 %	5	1.590.000 €
	5 %	10	3.180.000 €
	10 %	100	31.800.000 €
	60 %	1.000	318.000.000 €
	90 %	10.000	3.180.000.000 €
	Geschätztes Steueraufkommen	106 Mrd. Euro	

Tabelle 2: Pikettys progressives Vermögensteuer-Vorschlag.

Quelle: Heck et al. (2020), Piketty (2020, 1206, Tabelle 17.1), eigene Berechnungen der Absolutwerte für Österreich auf Basis der Hochschätzung von Heck et al. (2020). Anmerkung: Die Schätzung des jährlichen Steueraufkommens berücksichtigt auch Annahmen zur Steuervermeidung von Steuersubjekten. Details dazu finden sich in der genannten Publikation.

Die hohen Grenzsteuersätze ab dem 1.000-fachen des Durchschnittsvermögens legen nahe, dass die Zwecke der intendierten Vermögensteuer weit über die Abschöpfung jährlicher Vermögenserträge hinausgehen. Im Vordergrund stehen hier nicht die Einnahmen, sondern das Verhindern von Überreichtum einerseits (90% ab dem 10.000-fachen des Durchschnittsvermögens) und die aktive Reduktion der hohen Vermögenskonzentration. Nachdem das Vermögen von Milliardär:innen meist zu einem großen Teil in Unternehmensanteilen veranlagt ist, wäre es durchaus denkbar, dass Anteile dieses Unternehmensvermögens direkt an den Staat bzw. ihrer Beteiligungsgesellschaften übergeht und es damit zu einer teilweisen Vergesellschaftung der Kontrolle über diese Unternehmen kommt. Alternativ dazu könnten Besteuerte ihre Anteile auch direkt verkaufen und so ihre Steuerschuld begleichen, was zu einer breiteren Streuung von Unternehmensbesitz führen könnte.

Potenziale, Herausforderungen und Alternativen zur Vermögensteuer

Die im Artikel dargelegten Zwecke bestimmen letztlich auch die Ausgestaltung einer Vermögensteuer. Die ehemals großen Herausforderungen der Erfassung und Bewertung von Vermögen sind in einer modernen Ausgestaltung einer Vermögensteuer zudem weitgehend gelöst, sodass sowohl die Vollzugskosten als auch die Ausweicheffekte ge-

ringgehalten werden können (Bernhofer et al. 2022). Auch wenn das Steueraufkommen von konfiskatorischen Modellen jenem von moderaten Modellen anfangs um ein Vielfaches übersteigt, haben beide Varianten das Potenzial, den Lebensstandard von vielen deutlich zu verbessern.

Gleichzeitig gibt es auch viele fortschrittliche Begehrlichkeiten, die eine Vermögensteuer nicht erfüllen kann. Eine grundlegende Verschiebung der gesellschaftlichen Machtverhältnisse, in denen die Akkumulation die Herausbildung der Kapitalist:innenklasse und der Konzentration der Macht in deren Händen bedingt, ist nicht durch Besteuerung nach dem abgeschlossenen Produktionsprozess machbar. Deshalb werden wir in diesem Abschnitt nicht nur über die Vermögensteuer hinausgehende Umverteilung, sondern auch Alternativen zur Umverteilung von schon realisierten Einkommen diskutieren.

Gesellschaftliche Potenziale im Entstehungsprozess

Die Auslöser, die zur Einführung einer Vermögensteuer führen, können vielfältig sein und reichen von der simplen Umsetzung eines Regierungsprogramms bis hin zu breit angelegten öffentlichen Debatten, die ein Handeln der repräsentativen Demokratie einfordern. Die Art des Entstehungsprozesses kann somit auch mobilisierende Potenziale bergen. In Österreich ist vielen Umfragen zufolge eine gut abgesicherte Mehrheit für die Einführung von Vermögensteuern (Rehm/Schnitzer 2018; Puls24 2022; Volkshilfe 2022). Würde es gelingen, diese Mehrheit in einer außerparlamentarischen Kampagne oder einem Volksbegehren zu mobilisieren, würde das gesellschaftliche Wirken möglicherweise über die Gesetzesänderung hinausgehen.

Vorausgehende Debatten über die Ausgestaltung der Steuer und der zugrundeliegenden Vermögensverteilung wären ein Akt der demokratischen Selbstermächtigung. Sie würden die Entscheidung über die sozialen Rahmenbedingungen und die gesellschaftlichen Machtverhältnisse aus den Strukturen der repräsentativen Demokratie in die Öffentlichkeit tragen. Auch, dass sich mehr Menschen über die bestehenden Verhältnisse informieren, ist ein Akt der informationellen Selbstbestimmung, das Einfordern über die Welt, in der man lebt, Bescheid zu wissen. Möglicherweise würde die Debatte über die Ausgestaltung einer Vermögensteuer die Bewegung zwar differenzieren oder sogar aufspalten, aber auch der technokratischen Ideologie des Neoliberalismus eine gelebte Alternative entgegensetzen. Eine breite und erfolgreiche Bewegung für Vermögensteuern hat also auch das Potenzial, Wirtschafts- und Sozialpolitik zu demokratisieren.

Gleichzeitig birgt die Ausdifferenzierung dieser Debatte aber auch Gefahren. In einer Gesellschaft, die auch ideologisch von den bestehenden Ungleichheiten geprägt ist, gibt es auch Risiken, Mehrheiten über die Rechte und Pflichten von Minderheiten abstimmen zu lassen. Das gilt auch für Verteilungsfragen, besonders wenn wir die Forschungsergebnisse ernstnehmen, dass Überreiche sich auch überproportional in den Meinungsbildungsprozess einbringen und so Einfluss auf die öffentliche Meinung ausüben können.

Das Gegenbeispiel zur Vermögensteuer aus der Selbstermächtigung einer Mehrheit von Menschen wäre die technokratische Einführung von oben, zum Beispiel auf Empfehlung des Rechnungshofes oder durch eine ungewählte „Expert:innenregierung“. Plötzliche Änderungen der Wirtschaftspolitik erscheinen Ökonom:innen oft einfacher,

weil Beteiligungs- und Informationseffekte wegzufallen scheinen. Tatsächlich liegt aber der Schluss nahe, dass hier nicht nur ein gesellschaftliches Potenzial der Vermögensteuer nicht ausgeschöpft wird. Auf der einen Seite kann Umverteilung ohne eigene Beteiligung das Vertrauen in das parlamentarisch-repräsentative System stärken. Aber die gefühlte Entfremdung von parlamentarischen Entscheidungsstrukturen (Zandonella/Ehs 2021), kombiniert mit dem überproportionalen Einfluss der Positionen von Überreichen in der außerparlamentarischen politischen Diskussion, kann auch zu einer Verschiebung der öffentlichen Meinung gegen Vermögensteuern führen. Das gilt insbesondere, wenn kein Bewusstsein über die Zwecke der Vermögensteuer in der Diskussion um die Einführung entsteht.

Umverteilung und Machtverhältnisse

Das offensichtliche Potenzial einer Vermögensteuer ist das zusätzliche Steueraufkommen und damit eine relative Entlastung von Einkommen und Konsum, die gegenwärtig einen Großteil der Sozialstaatsfinanzierung ausmachen. Darüber hinaus wäre der dringend notwendige Ausbau von sozialstaatlichen Leistungen und öffentliche Investitionen in soziale und klimaschützende Infrastruktur denkbar.

Der gezielte Ausbau von öffentlichem Vermögen oder einer vergesellschafteten Grundversorgung kann auch ein dauerhaftes Gegengewicht zum Quasimonopol der Überreichen über die Wirtschaft darstellen – allerdings nur in einzelnen Bereichen. Sobald vergesellschaftete Unternehmen mit privatwirtschaftlicher Konkurrenz in den Wettbewerb treten müssen, gelten für sie ähnliche Spielregeln von Akkumulations-, Profit- und Effizienzlogik. Die kann Wachstum fördern, aber nicht die Bedürfnisse der Arbeitenden oder der Konsument:innen in den Mittelpunkt stellen.

Grenzen der Vermögensbesteuerung

Im Zusammenhang mit Vermögensteuern wird die Steuervermeidung durch den Wegzug Vermögender in Europa regelmäßig als Drohkulisse aufgebaut und in Ländern wie Schweden und Frankreich sogar als Argument für die Abschaffung eingesetzt wurden. Dies stellt aber nur die vermeintliche Grenze der Vermögensbesteuerung dar und Länder wie die USA sind dafür ein gutes Beispiel: Dort sind amerikanische Staatsbürger:innen weltweit steuerpflichtig, unabhängig von ihrem Wohnsitz und der formale Wechsel in eine andere Staatsbürgerschaft wird mit hohen einmaligen „exit taxes“ belegt (Saez/Zucman 2022). Auch wenn das bestehende europäische Steuersystem derzeitige Möglichkeiten nicht vorsieht, könnte man diese Form der Steuervermeidung durch legislative Anpassungen jederzeit ändern.

Tatsächliche Beschränkungen, die aber für alle Steuern zutreffen, liegen in der ausschließlich indirekten Verschiebung von Eigentumsverhältnissen. Steuern verteilen zwar die erzielten Markteinkommen um, ändern aber die einkommensgenerierenden Verhältnisse nicht. Systematischen Ungerechtigkeiten wie dem Gender Pay Gap oder Polarisierungen zwischen Arbeits- und Vermögenseinkommen werden durch nachträgliche Umverteilung nicht geändert. Folgen diese Dynamiken einem Teufelskreis, sodass die Ungleichheiten immer schneller steigen, wird eine nachträgliche Umverteilung zunehmend schwieriger.

Ein zielgerechtes Zuschneiden, beispielsweise auf Branchen, in denen die ökologische Wende am meisten drängt, ist aus der Steuerlogik kaum möglich. Die Einnahmen aus Vermögensteuern können aber zum Aufbau von klimawirksamem, öffentlichem Vermögen genutzt werden. Aus wirtschaftspolitischer Sicht bieten sich als direkte Einflussnahme auch Regulierungen von privatwirtschaftlichen und klimaschädlichen Aktivitäten an.

Fazit

Das Konzept von Vermögensteuern ist aus der Debatte, um Reichtum und Ungleichheit nicht mehr wegzudenken. In Österreich fehlt trotz hoher Zustimmungswerte jede allgemeine und direkte Besteuerung von Gesamtvermögen. Deshalb ist eine politische Potenzial- und Steueraufkommenschätzung Ausgangspunkt jeder ernsthaften Debatte.

Wir haben in diesem Artikel moderate Modelle mit Pikettys konfiskatorischer Vermögensteuer verglichen. Jedes der Modelle ist progressiv gestaltet und nimmt damit die steigende Ungleichheit an der Spitze der Verteilung ins Visier. Während die moderaten Vorschläge zwischen 3,2 und 5,3 Milliarden Euro pro Jahr einbringen könnten, verspricht Pikettys Modell im ersten Jahr etwa 106 Milliarden Euro. Aufgrund der konfiskatorischen Wirkung des Modells sinkt das Steueraufkommen in den Folgejahren sukzessive.

Wir argumentieren, dass das Aufkommen aus Vermögensteuern zur Finanzierung von öffentlichen Vermögen der vielen genutzt werden kann, indem beispielsweise sozialer Wohnbau Funktionen des privaten Wohneigentums übernimmt. Abhängig von der Ausgestaltung kann die Umverteilungswirkung die Vermögensungleichheit stabilisieren oder sogar zu einer aktiven Reduktion von Vermögens- und Machtkonzentration beitragen.

Vermögensteuern sind zwar ein Fixpunkt in progressiven und systemkritischen Debatten, bleiben aber auf die Funktion von Steuern beschränkt. Da sie auf der nachträglichen Umverteilung von Markteinkommen basieren, ändern auch Vermögensteuern nichts an systematisch ungleichen Wirtschaftsstrukturen. Die Erträge können aber für einen gezielten Strukturwandel oder für eine teilweise Vergesellschaftung der ökonomischen Entscheidungsmacht eingesetzt werden, wenn Steuermodelle in ein allgemeineres Demokratisierungs- oder Transformationskonzept eingebettet sind. Wir betonen in diesem Zusammenhang auch die Bedeutung des Weges, mit dem eine Vermögensteuer eingeführt wird, insbesondere die demokratisierende Wirkung einer breiten politischen Bewegung und Debatte.

Die vergleichende Forschung zu Vermögensteuern und Umverteilung wird in den nächsten Jahren an Bedeutung gewinnen. Durch diesen konzeptionellen und literaturvergleichenden Beitrag hoffen wir, zu einer Ausgangsbasis für weitere Debatten und empirische Forschung beizutragen. Besonders der historische Vergleich unterschiedlicher Steuermodelle zwischen Ländern, aber auch eine eingehendere Debatte des juristischen Spielraums, könnten dabei ein vielversprechender Ansatz sein.

Literatur

- Arbeiterkammer (2020): Vermögensverteilung. Für die Vielen, nicht die Wenigen. <https://www.arbeiterkammer.at/interessenvertretung/wirtschaft/verteilungsgerechtigkeit/Vermögensverteilung.pdf>, 30.09.2022.
- Arbeiterkammer (2021): Ungerechte Verteilung. https://www.arbeiterkammer.at/interessenvertretung/wirtschaft/verteilungsgerechtigkeit/Broschuere_Ungerechte_Verteilung.pdf, 30.09.2022.
- Bach, Laurent/Calvet, Laurent E./Sodini, Paolo (2020): Rich Pickings? Risk, Return, and Skill in Household Wealth. In: *American Economic Review* 110 (9), 2703–2747.
- Brussels Report (2021): European Commission Investigates the Idea of an EU Asset Registry. <https://www.brusselsreport.eu/2021/08/30/european-commission-investigates-the-idea-of-an-eu-asset-registry/>, 30.09.2022.
- Carvalho, Laura /Rezai, Amon (2016): Personal Income Inequality and Aggregate Demand. In: *Cambridge Journal of Economics* 40 (2), 491–505.
- Dammerer, Quirin/Deimling, Julien/Hubmann, Georg/Theine, Hendrik (2020): Wealth Taxation in the Austrian Press from 2005 to 2019: a Mixed Methods Analysis.
- Disslbacher, Franziska/Ertl, Michael/Mokre, Patrick (2021): Extreme Vermögensungleichheit ist kein Naturgesetz! Was Thomas Piketty dagegen tun würde. In: *BEIGEWUM: COVID-Kaleidoskop II. Was tun nach der Krise?* Wien: BEIGEWUM, 85–87.
- Disslbacher Franziska/Ertl Michael/List Emanuel/Mokre Patrick/Schnetzler Matthias (2020): On Top of the Top – Adjusting wealth distributions using national rich lists. INEQ Working Paper 20. <https://research.wu.ac.at/en/publications/on-top-of-the-top-adjusting-wealth-distributions-using-national-r-6>, 19.12.2022.
- Ederer, Stefan/Mayerhofer, Maximilian/Rehm, Miriam (2021): Rich and ever richer? Differential returns across socioeconomic groups. In: *Journal of Post Keynesian Economics* 44 (2), 283–301.
- Ehs, Tamara/Zandonella, Martina (2021): Demokratie der Reichen? In: *Wirtschaft und Gesellschaft* 47 (1), 63–101.
- Fagereng, Andreas/Guiso, Luigi/Malacrino, Davide/Pistaferri, Luigi (2020): Heterogeneity and Persistence in Returns to Wealth. In: *Econometrica* 88 (1), 115–170.
- Feigl, Georg (2021): Öffentliches Vermögen in Österreich enorm – und Grundlage für ein gutes Leben der vielen. <https://awblog.at/oeffentliches-vermoegen-in-oesterreich-erheblich/>, 30.09.2022.
- Fessler, Pirmin/Mooslechner, Peter/Schürz, Martin (2012): Household Finance and Consumption Survey des Eurosystems 2010. Erste Ergebnisse für Österreich. In: *Geldpolitik und Wirtschaft Q3/2012*, 26–67.
- Galbraith, Kenneth (2012): *Inequality and Instability: A Study of the World Economy Just Before the Great Crisis*. Oxford: University Press.
- Heck, Ines/Kapeller, Jakob/Wildauer, Rafael (2020): Vermögenskonzentration in Österreich. Ein Update auf Basis des HFCS 2017. Materialien zu Wirtschaft und Gesellschaft 206. Wien: AK Wien.
- Hofmann, Julia/Marterbauer, Markus/Schnetzler, Matthias (2020): Gerechtigkeitscheck: Wie fair findet Österreich die Verteilung von Einkommen und Vermögen? Neue Erkenntnisse aus dem European Social Survey (ESS). Materialien zu Wirtschaft und Gesellschaft 201. Wien: AK Wien.
- Humer, Stefan/Moser, Matthias/Schnetzler, Matthias/Ertl, Michael/Kilic, Atila (2013): Über die Bedeutung von Kapitaleinkommen für die Einkommensverteilung Österreichs. In: *Wirtschaft und Gesellschaft* 39 (4), 571–586.
- ICRICT (2022): ICRICT Open Letter to G20 Leaders: It's Time for a Global Asset Register to Target Hidden Wealth. <https://www.icrict.com/press-release/2022/4/19/icrict-open-letter-to-g20-leaders-its-time-for-a-global-asset-register-to-target-hidden-wealth>, 30.09.2022.
- Kennickell, Arthur B./Lindner, Peter/Schürz, Martin (2021): A New Instrument to Measure Wealth Inequality: Distributional Wealth Accounts. In: *Monetary Policy and The Economy* Q4/21, 61–84.
- Mack, Sebastian (2022): Out of the Dark. An EU Asset Register to Combat Illicit Financial Flows. Hertie School Jacques Delors Centre. https://www.delorscentre.eu/fileadmin/2_Research/1_About_our_research/2_Research_centres/6_Jacques_Delors_Centre/Publications/20220331_AssetRegister_Mack.pdf, 30.09.2022.
- Marterbauer, Markus/Schürz, Martin (2008): Ungleiche Verteilung von Einkommen und Vermögen in Österreich. In: *WISO* 3/2008, 151–171.
- Rehm, Miriam/Schnetzler, Matthias. (2015): Property and Power: Lessons from Piketty and New Insights from the HFCS. In: *European Journal of Economics and Economic Policies: Intervention* 12 (2), 204–219.
- Rehm, Miriam/Schnetzler, Matthias (2018): Klare Mehrheit für eine Vermögenssteuer – kleine Elite dagegen. <https://awblog.at/mehrheit-fuer-vermoegenssteuer>, 14.11.2022.
- Marterbauer, Markus/Schürz, Martin (2022): Angst und Angstmacherei. Für eine Wirtschaftspolitik, die Hoffnung macht. Wien: Zsolnay Paul.
- Piketty, Thomas (2014): *Das Kapital im 21. Jahrhundert*. München: C.H. Beck.

- Piketty, Thomas (2020): *Kapital und Ideologie*. München: C.H. Beck.
- Pulsz4 (2022): ATV-Umfrage: Klare Mehrheit für Erbschafts- und Vermögenssteuer, <https://www.pulsz4.at/news/politik/atv-umfrage-klare-mehrheit-fuer-erbschafts-und-vermoegenssteuer/263952>, 14.11.2022
- Saez, Emmanuel/Zucman, Gabriel (2019): *The Triumph of Injustice: How the Rich Dodge Taxes and How to Make Them Pay*. New York: W.W. Norton & Company.
- Saez, Emmanuel/Zucman, Gabriel (2022): *Wealth Taxation: Lessons from History and Recent Developments*. In: *AEA Papers and Proceedings* 112, 58–62.
- Schürz, Martin (2019): *Überreichtum*. Frankfurt/New York: Campus Verlag.
- Smith, Adam (1999): *The Wealth of Nations*, Books I-III hrsg. von Andrew Skinner. London: Penguin Classics.
- Smith, Adrian (2014): *Socially Useful Production*. STEPS Working Paper 58. Brighton: STEPS Centre.
- Statistik Austria (2022): Pressemitteilung 12.797-095/22. <https://www.statistik.at/fileadmin/announcement/2022/05/20220428EUSILC2021HJ1.pdf>, 30.09.2022.
- Theine, Hendrik/Humer, Stefan/Moser Matthias/Schnetzler, Matthias (2022): *Emissions Inequality: Disparities in Income, Expenditure, and the Carbon Footprint in Austria*. In: *Ecological Economics* 197, 107435.
- Volkshilfe (2022): *Volkshilfe Sozialbarometer Armut*. <https://www.volkshilfe.at/wer-wir-sind/aktuelles/newsaktuelles/volkshilfe-sozialbarometer-armut-mehrheit-fuer-vermoegenssteuer>, 17.10.2022.
- Wagner, Norman/Hofmann, Julia (2022): *Armut in Österreich*. <https://awblog.at/armut-in-oesterreich/>, 17.10.2022.
- WID (2022): *Austria: Top 1% Net Personal Wealth Share, 1995-2021*. https://wid.world/share/#/countries/estimates/shweal_p99p100_z/AT/last/eu/k/p/yearly/s/false/21.74300000000002/35/curve/true/country, 14.11.2022.
- Wiedmann, Thomas/Lenzen, Manfred/Keyßer, Lorenz T./Steinberger, Julia K. (2020): *Scientists' Warning on Affluence*. *Nature Communications* 11 (1), 3107.